

Elbeblatt.

Amtsblatt

für die Königlichen Gerichtsämter und Stadträthe zu
Miesa und Strehla.

N^o 2.

Dienstag, den 11. Januar.

1859.

Politische Wochenschau.

Wien. Es. k. k. Hobelt Erzherzog Karl Ludwig, welcher am 2. Januar aus Rom hier eingetroffen ist, wird, wie die „Ost. P.“ meldet, einige Zeit hier verweilen und dann nach Innsbruck sich begeben.

Aus Mailand, 27. Decbr., wird der Korrespondenz Savas geschrieben: „Am gestrigen, durch außerordentliche Vorstellungen sich bemerkbar machenden Tage war der Corso der Porta S. Maria der Schauplatz einer wahren Schlacht. Gegen 6 Uhr Abends näherten einige Personen aus diesem Stadtviertel sich einem Soldaten, welcher Rauchschmuck, und verlangten von ihm, daß er seine Cigarre aus dem Munde nehme. Auf seine Weigerung hin erhielt er eine tüchtige Ohrfeige. Sofort stürzte sich der Raucher auf seine Angreifer, und rief seine Kameraden zu Hülfe, die den Säbel in der Hand, herbeieilten. Es kam nun zu einem allgemeinen Handgemenge; da die Zahl der Bürger schneller zunahm, als die der Soldaten, so wurden letztere zernirt und verdankten ihre Rettung nur der Ankunft einer neuen Kette Soldaten, die mit gefülltem Bayonet erschienen. Das Straßenpflaster ward aufgerissen und es wurden Steine gegen die Truppen geworfen, die sich auf Befehl ihrer Führer, um Blutvergießen zu vermeiden, in eine Kirche zurückzogen. Ungefähr um dieselbe Stunde kamen andere, glücklicherweise weniger bedenkliche Unbestörungen in anderen Stadtvierteln Mailands vor, während man in Pavia den Versuch machte, die Kaserne der Polizei-Wachmannschaft anzuzünden.“

Aus Nizza, vom 25. December, wird der „Ost. P.“ als verbürgt gemeldet, das russische Gouvernement habe bei dem Könige von Neapel die Erlaubniß angefordert, in Brindisi eine Kohlenstation errichten zu dürfen, und der König habe dieses Ansuchen auf das Entschiedenste zurückgewiesen.

Berlin. Der „Breslauer Zeitung“ zufolge ist neuerdings durch kriegsministeriellen Erlaß angeordnet worden, daß alle bei der Mobilmachung im Jahre 1850, oder früher beim Militär eingestellten gewesenen Handwerker wieder in militärische Kontrolle genommen werden sollen. Hiernach haben sich diejenigen Personen, welche 1850–51, oder früher bei Proviant- und andern Colonnen eingestellt waren, ohne sonst Soldat zu sein, bei den betreffenden Bezirksfeldwebeln zu melden.

Die Preussische Zeitung bezeichnet in ihrem Leit-Artikel die bei Eröffnung der holsteinischen

Stände-Versammlung von der dänischen Regierung gemachten Gesetzentwürfen als wenig entgegenkommend, Dänemark — heißt es — wäre nicht einen Schritt weiter gegangen, als wozu es unumgänglich durch die der deutschen Bundesversammlung gemachten Einräumungen genöthigt gewesen. Die dänische Regierung setze die bisher beobachtete Politik äußerster Zurückhaltung und Abweisung jeder Initiative von positiven Vorschlägen zur Besserung der gegenwärtigen Zustände fort. Der Artikel kritisiert die Vorlagen und findet es begreiflich, wenn dieselben in Holstein eine wenig günstige Stimmung hervorrufen werden. Schließlich tadelt der Leit-Artikel in heftigen Ausdrücken den letzten Act der dänischen Regierung, welcher nicht näher präcisirt wird; ohne Zweifel handelt es sich aber von dem Verbot des Zusammenwirkens der Bewohner der Herzogthümer Schleswig und Holstein bei gemeinsamen Interessen. Der Leit-Artikel meint, dieser Act sei zu wichtig, die Zeit der Ausübung zu eigentümlich, als daß nicht eine bestimmte Berechnung vorausgesetzt werden müßte. Deutschland könne nicht im Zweifel sein, worauf diese Berechnung, worauf der ganze Act in seiner unerhörten Härte abziele.

Ein russischer Fürst Dolgorucki legt in Preussisch-Schlesien eine Muster-Landwirthschaft an, auf die er einen Theil seiner Leibeigenen zu practischer Ausbildung einladet. Jeder, der ihm folgt, erhält dadurch von selbst die Freiheit und kehrt nach abgelaufener Lehrzeit als freier Bauer auf des Fürsten Güter zurück.

Stettin. Es ist der „Stettiner Btg.“ folgende amtliche „Entgegnung“ zur Veröffentlichung gegangen:

„Die „Stettiner Btg.“ hat nach ihrer Angabe in Nr. 304 gehört, daß drei Lehrer Pommerscher Gymnasien von uns deshalb zur Verantwortung gezogen seien, weil sie sich bei den letzten Wahlen compromittirt haben sollten“, und berichtet, „diese Angelegenheit erzeuge deshalb Aufsehen weil in diesem Falle zum ersten Male nachtheilige disciplinäre Folgen für Beamte an die Ausübung des Wahlrechts im ministeriellen Sinne scheinbar geknüpft würden.“ Dieser Schein ist falsch. Wir haben drei Gymnasiallehrer, welche nach uns gemachten Anzeigen bei Gelegenheit der Wahlen ein geschwichtiges oder ihrer amtlichen Stellung nicht angemessenes Verhalten gezeigt haben sollten, pflichtgemäß deshalb befragt; für welche politische Partei sie aber gestimmt haben, ist dabei gar nicht in Betracht gezogen, ja bei zweien von ihnen uns nicht einmal bekannt geworden. Königl. Provinzial-Schulcollegium von Pommern. Grafmann.“

Izehoe. Die holsteinische Ständeversammlung ist am 3. Jan. Vormittags durch den Königl. Commissar Kammerherrn v. Levezau